

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d

## Inhalt

Wilhelm Nölling, Hamburger Finanzsenator, spricht sich für eine Reduzierung der EG-Agrarausgaben aus.  
Seite 1-3

Klaus Daubertshäuser MdB fordert, den Landschaftsschutz beim Straßenbau stärker zu berücksichtigen.  
Seite 4

Ulrich Dübber MdB zum Abschluß des FDJ-Kongresses in Ost-Berlin.  
Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 110

12. Juni 1981

**Keine neuen Finanzierungsquellen für die Europäische Gemeinschaft!**

-----  
Die Agrar-Ausgaben müssen deutlich vermindert werden

Von Dr. Wilhelm Nölling  
Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Es ist bekannt, daß sich die Europäische Gemeinschaft mit Riesenschritten den derzeitigen Grenzen ihrer Finanzausstattung nähert. Alle Beteiligten wissen auch, daß die Ursache dafür nicht etwa in einer unvermeidbaren Starrheit bei den laufenden Einnahmen liegt. Die eigenen Einnahmen der Gemeinschaft steigen im Rahmen der geltenden Grenzen - vor allem des Ein-Prozent-Plafonds für den EG-Anteil an der Mehrwertsteuer - in den kommenden Jahren voraussichtlich um jährlich rund zehn Prozent an. Dies ist eine Größenordnung, von der ich als Finanzsenator nur träumen kann. Wenn sich gleichwohl für die Gemeinschaft eine bedrohliche Finanzenge abzeichnet, so liegen die Ursachen dafür unbestritten auf der Ausgabenseite, und zwar ausschließlich in der verhängnisvollen Dynamik der Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik. Im EG-Haushalt 1981 entfallen mehr als zwei Drittel der Gesamtausgaben auf den Block der Agrarmarktausgaben. Allein die Ausgaben für die Produkte Milch, Getreide und Rindfleisch beanspruchen über 40 Prozent des gesamten EG-Haushalts 1981.

Die Agrarmarktausgaben sind zwischen 1974 und 1979 um jährlich rund 27 Prozent angewachsen. In den letzten beiden Jahren ist es zwar gelungen, diesen Anstieg zurückzuschneiden, für 1980 auf zehn Prozent und für 1981 auf voraussichtlich zwölf Prozent, doch im Hinblick auf den begrenzten finanziellen Rahmen und auf den Finanzierungsbedarf für andere dringliche Aufgabenbereiche der Gemeinschaft ist dies immer noch viel zu hoch. Die der Gemeinschaft zustehenden Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer - maximal ein Prozent der gemeinschaftlichen Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage - werden durch das Haushaltsvolumen 1981 zu 89 Prozent ausgenutzt.



Nach den jüngsten Brüsseler Preisbeschlüssen - die garantierten Mindestpreise wurden um durchschnittlich 9,6 Prozent angehoben - ist zudem keineswegs sicher, ob die für 1981 genannte Zuwachsrates der Agrarmarktausgaben von zwölf Prozent überhaupt eingehalten werden kann. Inwieweit es der Kommission gelingt, die zugleich beschlossenen Einsparungsmaßnahmen erfolgreich umzusetzen, bleibt abzuwarten. Ich sehe insbesondere nicht, wodurch sich gegenwärtig verhindern ließe, daß durch das neue Preissystem die Überschußproduktion noch weiter angeheizt, der Subventionsbedarf erneut gesteigert und der EG-Haushalt zusätzlich belastet wird. Die Kommission ist zwar im Rahmen der jüngsten Preisbeschlüsse auf die Erklärung verpflichtet worden, daß auch 1982 die Ein-Prozent-Grenze bei den Gemeinschaftseinnahmen aus der Mehrwertsteuer nicht überschritten wird. Doch auch wer sich überzeugt gibt, daß diese Erklärung realistisch ist, muß besorgt sein, wie es nach 1982 weitergehen kann.

In einer gerade vorgelegten Entschließung zu den Eigenmitteln der Gemeinschaft geht das Europäische Parlament davon aus, daß die Grenzen der Finanzierbarkeit der EG-Ausgaben höchstwahrscheinlich schon im Jahre 1981, spätestens aber im Haushaltsjahr 1982 erreicht sein werden und daß es allerhöchste Zeit ist, sich über die Erschließung neuer Finanzierungsquellen Gedanken zu machen. Der bequemste Ausweg, den das Europäische Parlament als Sofortmaßnahme gefordert hat, nämlich die Ein-Prozent-Grenze bei der Mehrwertsteuer heraufzusetzen, ist entschieden zu versperren.

Jeder, der den Finanzmechanismus zwischen Bund und Ländern kennt, weiß: Wenn eine solche Forderung erfüllt würde, würden wir alle zur Finanzierung der Mehrausgaben der Europäischen Gemeinschaft herangezogen. Die Folgen für unsere eigenen Haushalte brauche ich nicht näher zu erläutern. Wie es um die Finanzen der Länder und des Bundes bestellt ist, ist hinreichend bekannt.

Eine andere Möglichkeit, diese seit Jahren diskutiert wird und jetzt vom Europäischen Parlament erneut sehr stark betont wurde, ist der Wunsch der europäischen Politiker, am Aufkommen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer beteiligt zu werden. Wenn dieses erreicht wäre, bestünde praktisch ein direkter Zugriff auf die Finanzen der Länder zur Finanzierung der europäischen Aufgaben. Wir müßten dann nur noch die Mittel abführen für die Ausgaben, die dort beschlossen werden. Auf diese Weise wäre die Finanzierung geregelt. Daß die europäischen Parlamentarier und auch die Kommission denken, dies müßte so sein und sollte auch so durchgeführt werden, wird aus allen Veröffentlichungen, die uns vorliegen, sehr deutlich.

Wir sollten in Übereinstimmung mit der Bundesregierung klarstellen, daß wir das nicht zulassen können. Der Bundesrat sollte die Position der Bundesregierung eindeutig unterstützen, daß es eine Änderung der Anteilsgrenzen und die Erschließung neuer Finanzierungsquellen nicht geben kann.

Um die Finanzprobleme der Gemeinschaft auf Dauer lösen zu können, ist es vielmehr unerlässlich, daß der Anstieg der Agrarausgaben deutlich vermindert wird. Ich gehe davon aus, daß die Gemeinsame Agrarpolitik nur dann eine Zukunft haben kann, wenn die Anreize zur Produktion von Überschüssen beseitigt werden. Um dies zu erreichen, müssen die Preispolitik, die Interventionsmechanismen und die vielfältigen Beihilfen so reformiert werden, daß die Marktkräfte stärker zum Tragen gebracht werden und daß den Erzeugern eine größere Mitverantwortung beim Absatz ihrer Produkte übertragen wird. Die Rückkehr zur ökonomischen Vernunft in der Agrarpolitik ist zugleich die Voraussetzung dafür, die Struktur der Gemeinschaftsausgaben zu verändern und den finanziellen Spielraum zu schaffen, um andere Politiken zu verstärken und neue Politiken zu entwickeln, ohne daß die Finanzkraft der Mitgliedsstaaten überfordert wird.

Bei der überfälligen Umstrukturierung der Gemeinschaftsausgaben sind auch die Nettozahler- und -empfängerpositionen der Mitgliedsländer zu überprüfen. Der Bundeskanzler hat angekündigt, bei den fälligen neuen Finanzverhandlungen werde die Bundesrepublik



Deutschland verlangen, daß ihre Nettozahlerposition in der EG ebenso begrenzt wird wie diejenige Englands. Dies halte ich für ein sehr berechtigtes Verlangen. Dem Kanzler ist weiter darin zuzustimmen, daß nicht alle Länder, die in der Gemeinschaft gegenwärtig Nettoempfänger sind, dies auch bleiben müssen. Ob und in welchem Maße ein Mitgliedsland netto begünstigt wird, das sollte sich nicht losgelöst von seiner allgemeinen Wirtschaftskraft ergeben.

Ich bin überzeugt, daß die notwendige Änderung in der Ausgabenstruktur der Gemeinschaft nur dann durchsetzbar sein wird, wenn allen Bestrebungen, neue Finanzierungsquellen zu erschließen, ein striktes Nein entgegengestellt wird. Das muß nicht nur für den Bereich der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft gelten, sondern muß sich auch auf das Verlangen erstrecken, die Anleihe- und Darlehensinstrumente auszuweiten. Diese Ausweitung wird sowohl im Bericht der EG-Kommission als wünschenswert und notwendig dargestellt als jetzt auch vom Europäischen Parlament ausdrücklich als eine politische Forderung erhoben.

Zwar trifft es zu, daß die Anleihe- und Darlehenstätigkeiten auf der einen und die Haushaltsaktivitäten der Gemeinschaft auf der anderen Seite derzeit grundsätzlich voneinander getrennte Bereiche darstellen. Nach geltendem Recht kommen Anleihen als allgemeine Deckungsmittel des Gemeinschaftshaushalts nicht in Frage. Das Europäische Parlament will allerdings auch dies geändert sehen. Dazu müssen wir die Besorgnis äußern, ob eine verstärkte Anleihetätigkeit im Rahmen des EG-Haushalts nicht letztlich dazu führt, daß die Gemeinschaft - was wir gar nicht wollen können - mit diesen Mitteln die immer stärker steigenden konsumtiven Ausgaben in diesem Bereich zu finanzieren gezwungen ist. Doch auch soweit über zusätzliche Anleihen und Darlehen nur Aufgaben außerhalb des Haushalts finanziert werden, ist nicht von der Hand zu weisen, daß dadurch der Haushalt selbst entlastet werden könnte.

Keine Auskunft gibt der Bericht ferner darüber, ob und in welchem Maße aus der Anleihe- und Darlehenstätigkeit bisher Garantiefälle zu Lasten des Haushalts eingetreten sind. Auch wenn es derartige Garantiefälle noch nicht gegeben haben sollte, muß gesehen werden, daß bei verstärkten Anleihe- und Darlehensaktivitäten das Risiko wächst.

Ich möchte eine weitere Bemerkung machen und mich auf die mehrfach genannte Entschließung des Europäischen Parlaments beziehen. Dort ist nämlich die Rede davon, daß die EG-Parlamentarier meinen, die EG-Kommission müsse erheblich mehr wirtschaftspolitische Aktivitäten entfalten; sie müsse mehr Aufgaben der Wirtschaftspolitik im europäischen Rahmen als bisher übertragen bekommen und sich ihrer annehmen, und zwar mit der sehr interessanten Begründung, daß die Mitgliedsstaaten diese zusätzlichen Aufgaben nicht mit der gleichen Effizienz erfüllen könnten. Es wird also etwas behauptet, was noch zu beweisen wäre. Nach den Erfahrungen mit den bisherigen EG-Maßnahmen, die ja sehr viel Geld kosten, dürfte es nicht ganz einfach sein zu beweisen, daß eine Vermehrung der wirtschaftspolitischen Aufgaben mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen von Brüssel aus effizienter bewerkstelligt werden kann als im Rahmen der wirtschaftspolitischen Kompetenzen, die Bund und Länder beispielsweise in der Bundesrepublik haben.

Ich hoffe, daß der Bundesrat die Bedeutung der angesprochenen Fragen erkennt. Wir erweisen uns, wenn wir hier kritisch sind und uns abwehrend verhalten, nicht als schlechte Europäer. Wir meinen nur, daß vorhandenen Fehlentwicklungen nicht dadurch begegnet werden kann, indem man den Wünschen nach weiteren erheblichen Einnahmeverbesserungen ohne weiteres stattgibt - ohne eine Kontrolle darüber zu haben, ob diese Mittel wirklich effizienter und besser verwendet werden, als es geschähe, wenn sie in unserer Dispositionsfreiheit blieben.

(-/12.6.1981/ks/10)

+ + +



**Umdenken beim Straßenbau**  
-----

**Die Verkehrswegeplanung muß schädliche Auswirkungen für Mensch und Natur vermeiden**

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD in Verkehrs-Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Erhaltung und die Gestaltung unserer Umwelt im 8. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wird eine der wichtigsten Aufgaben der Politik sein. Dabei gilt es auch, alle Gefahren abzuwehren, die unseren robust scheinenden, aber doch so hoch empfindlichen Wäldern drohen. Diese Gefahren sind heute anderer und vielfacher Natur - oft versteckt und ohne sofortige Auswirkung. Dabei geht es nicht nur um die oft geringe unmittelbar beanspruchte Waldfläche im Zusammenhang mit Verkehrsstrassen, sondern um die Auswirkungen solcher oft unsachgemäßen Trassenaufhiebe, die für das ganze angrenzende Waldgebiet und die Landschaft mit ihren vielfachen ökologischen Beziehungen verheerend sein können.

Der Aufhieb eines Kilometers Straßenstrasse von Süd nach Nord mit einer Aufhiebfläche von nur vier Hektar vermag zum Beispiel einen Altbaumbestand von West nach Ost mit der zehnfachen Fläche zu vernichten. Wind und Sonne vom Westen her bringen die Bäume zum Absterben und verhindern insbesondere die natürliche Verjüngung dieses Baumbestandes. Deshalb habe ich Verständnis dafür, daß immer mehr Bürger kritisch auch den Trassenverlauf unter die Lupe nehmen.

Es ist unbestritten, daß der Verkehr in vielfältiger Weise die Umwelt belastet durch Lärm, Landschaftsverbrauch, Zerstörung von Naturlandschaften, Zerstörung von gewachsenen Stadtteilstrukturen und dergleichen mehr. Was not tut, sind Lösungen für den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur bei der neue schädliche Einwirkungen auf Mensch und Natur weitgehend vermieden und bereits bestehende Umweltprobleme beseitigt werden können.

Deshalb muß bei den Planungen sowie bei der Überprüfung und Fortschreibung bestehender Verkehrsplanungen den Forderungen nach Schonung wertvoller Landschaftsteile, der Bündelung von Verkehrswegen und dem Ausbau vorhandener Straßen stärker noch als in der Vergangenheit Rechnung getragen werden. Noch stärker als in der Vergangenheit muß künftig ein landschaftspflegerischer Begleitplan zur Ordnung und Sicherung des Naturraumes und seines ökologischen Wirkungsgefüges ausgearbeitet werden.

Notwendig ist aber auch hier ein Umdenken bei vielen Bürgern und den politischen Entscheidungsträgern. Flächenschonende Verkehrswegeplanung bedeutet in vielen Fällen den Verzicht auf die kürzest mögliche Verbindung; das heißt also auch die Inkaufnahme von Umwegen und auch den Verzicht von Mehrfachanschlüssen bestimmter Kommunen und Stadtteile an das öffentliche Straßennetz.

Wir können davon ausgehen, daß das Bewußtsein deutlich gewachsen ist, daß sozialer, wirtschaftlicher und technischer Fortschritt ihren Sinn und Wert verlieren, wenn damit gleichzeitig eine Lebensbedrohung unter Beeinträchtigung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verbunden ist.

(-/12.6.1981/ks/10)

+ + +



Brüder - Überm Sternenzelt  
-----

Eine etwas ungewöhnliche Bemerkung zum Abschluß des XI. Parlaments der FDJ in Ost-Berlin

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Einige schöne Plätze in Europa atmen Geschichte. Zum Beispiel der Place de Vosges in Paris, die Piazza Navona in Rom. Der Berliner darf im Jahr der Preußen-Renaissance das Forum Fridericianum anmelden. Im Osten die Staatsoper, im Südosten die St. Hedwigs-Kathedrale, im Süden die neoklassizistische Dresdner Bank, spätere SED-Bezirksleitung, im Westen die "Kommode" Wilhelms I., darauf Universitätsbibliothek.

Im Norden schließt die Humboldt-Universität den Platz ab, und auf der Straße Unter den Linden hat Erich Honecker 1980 das Reiterstandbild Friedrichs des Großen von Christian Daniel Rauch wieder aufstellen lassen. Seit 1945 heißt das Geviert Bebelplatz.

Am Ende des diesjährigen FDJ-Kongresses waren die Teilnehmer hier zu einem Konzert unter freiem Himmel zusammengekommen. Von Egon Krenz, dem FDJ-Chef und Politbüro-Kandidaten, trennen mich politisch nicht nur Welten, sondern auch eine Mauer. Die Entscheidung seines Zentralrates aber, weit über zehntausend junge DDR-Bürger die 9. Symphonie Beethovens mit Schillers Ode an die Freude erleben zu lassen, verdient den Respekt eines politischen Gegners.

Die Sänger standen teils in Zivil, teils im Blauhemd der FDJ und teils in der Uniform der Nationalen Volksarmee auf der Tribüne. Auch der Dirigent hatte das blaue Hemd angezogen. Die jungen Zuhörer, ebenfalls gemischt gekleidet, rasten vor Begeisterung. Sie klatschten zwischen den Sätzen.

Kaum jemand aus diesem Publikum war getauft oder konfirmiert, im atheistischen Staat ist das so. Doch kann man Kongresse auch mit Marschkolonnen beenden, darin sind wir Deutsche erfahren. Dem Beobachter ging die revolutionäre Kraft des Evangeliums unter die Haut, die 2.000 Jahre drückten den dialektischen Materialismus platt an die Wand.

"Ihr stürzt nieder Millionen ? / Ahndest du den Schöpfer, Welt ? Such' ihn Überm Sternenzelt ! / Über Sternen muß er wohnen." Honeckers Politbüro kannte den Text, als es diese Versammlung der Parteijugend vorbereitete. Sie sind erfahren genug in der Macht, um Wirkungen abzuschätzen.

Schlecht mitgespielt haben der Regisseur und die Kameraleute des DDR-Fernsehens, von dem das Konzert übertragen wurde. Den Kollegen in Berlin-Adlershof rate ich zu mehr Großzügigkeit im Geist Erich Honeckers. Sie müßten nicht ständig mit dem Bild an der FDJ-Tribüne kleben. Man wurde an die dürftigen Fernsehbilder vom Papst-Besuch in Polen erinnert, als die Regie ständig die Massen weggeschnitten hatte.

Ein Schwenk auf die St. Hedwigs-Kathedrale hätte sich angeboten, in ihr ruhen nicht nur die katholischen Bischöfe Berlins, sondern auch Propst Bernhard Lichtenberg, ein Märtyrer, den die Nazis erschlugen. Den Bauauftrag für die Staatsoper, die auch nicht gezeigt wurde, hatte Knobelsdorff zwar vom Alten Fritz bekommen, aber dreimal errichtet haben sie die Berliner Bauarbeiter, zuletzt aus den Steuern der DDR-Bürger.

"Brüder - Überm Sternenzelt / Muß ein lieber Vater wohnen." So der FDJ-Chor auf dem Bebelplatz in Ost-Berlin. Gelegentlich hält auch ein politischer Routinier die Luft an. Dies war ein solcher Augenblick, der Abend des 5. Juni 1981.

(-/12.6.1981/ks/lo)

+ + +

